

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

14.3.1865 (No. 62)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 14. März.

N^o 62.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Amtlicher Theil.

Dienstnachricht.

Karlsruhe, den 13. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 9. l. M. gnädigst geruht, die Stelle eines staatswirtschaftlichen Referenten bei großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues dem Regierungsassessor Zittel in Bruchsal, unter Ernennung desselben zum Regierungsrath, zu übertragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Stuttgart, 12. März. (Köln. Ztg.) Die staatsrechtliche Kommission der Kammer hat einstimmig einen Antrag in Betreff Schleswig-Holstein vorgelegt, welcher dahin lautet, daß eine Einverleibung der Herzogthümer in Preußen, sofern diese nicht durch die gesetzliche Regierung und die Volksvertretung der Herzogthümer genehmigt und mit den Bundesrechten vereinbar sind, als ein Rechtsbruch zu betrachten und die württembergische Regierung aufzufordern sei, in Verbindung mit gleichgesinnten Staaten für die Rechte der Herzogthümer mit der That einzustehen.

Kiel, 10. März. (S. H. Z.) Durch Rundschreiben des Verwalters Grafen Reventlow-Farve vom 8. d. M. sind in Veranlassung des am 22. d. M. stattfindenden Geburtstages des Königs von Preußen zum Behuf des jenseitigen Hafens der Prälaten und die ritterschaftlichen Besitzer abeliger Güter zu einer am 16. März, 11 Uhr Vormittags, in Kiel beim Landyndikus Rathjen zu haltenden Versammlung eingeladen.

Kiel, 10. März. (Hamb. Nchr.) An die Stadt Kiel ist ein Antrag der Norddeutschen Schiffsbau-Gesellschaft wegen Erlaubnis zur Uferregulierung an der von der Gesellschaft erworbenen Strecke des jenseitigen Hafens gelangt. Die Angelegenheit ist in der letzten Sitzung der städtischen Kollegien zur Verhandlung gekommen. Die Erweiterungen der Gesellschaft betragen auf dem Gebiet des Klosters Preetz gehörigen Ufer von dem der Dampfschiffbrücke gegenüberliegenden sogenannten Sandbrüg nach der Hafenspitze zu etwa 3000 Fuß. Der Uferstrand ist sehr unregelmäßig, buchtig und flach, und es werden daher großartige Aufschüttungen und Ausdehnungen im Durchschnitt von 240 Fuß Breite beabsichtigt. Der ganze Hafen ist Eigentum der Stadt, so daß deren Zustimmung zur Benützung eines Theils der Fläche desselben eingeholt werden mußte. Die städtischen Kollegien haben nun beschlossen, unentgeltlich das beanspruchte Areal zu überlassen, falls innerhalb eines Jahres die Konstituierung der Norddeutschen Schiffsbau-Gesellschaft mit einem Kapital von mindestens 10 Millionen nachgewiesen wird, und innerhalb fünf Jahren die Bauten zur Vollendung gebracht werden. Das ausgedehnte Areal wird natürlich nicht unter Jurisdiktion des Klosters Preetz, sondern der Stadt Kiel stehen. Wie man hört, haben die Unternehmer der Gesellschaft, die H. Sampson Lloyd Foster und Ob. Carl Hall, auch wegen der Durchbämmung der inneren Hafenspitze an betreffender Stelle bereits privatim sich ausgesprochen, da für das Establishment eine Verbindung mit dem Bahnhof durchaus notwendig sei. Zur Entscheidung der städtischen Behörden dürfte dieser Punkt indes erst später gelangen.

Schleswig, 9. März. (Kiel. Z.) Die Nachricht von der Bildung eines statistischen Bureau's für die Herzogthümer unter der Leitung des preussischen Landraths Hrn. v. Lavergne-Beguthen stellt sich dem Vernehmen nach als irrthümlich heraus.

Flensburg, 8. März. (Lüb. Z.) In der Angelegenheit der norddeutschen Adresse an den Kaiser Napoleon (um Wiedervereinigung mit Dänemark) sind gestern weitere Verhaftungen erfolgt, unter welchen diejenige des Schiffers Dycksen hervorzuheben ist. Diesem wird das eigentliche Verbreiten des fraglichen Schriftstückes zur Last gelegt, während der Kaufmann Schröder die Versendung und Annahme vermittelt haben soll. Die Einjammlung der Unterschriften auf dem Lande, namentlich im Sundewit und zwischen Apenrade und Lyngumloster, war längst kein Geheimniß mehr. Die dänische Partei, hierdurch ermuntert, glaubte auch hier in der Stadt diese Agitation fortsetzen zu können.

Berlin, 10. März. (Köln. Ztg.) Heute hatten beide Häuser Sitzung. Das Herrenhaus erledigte seine Tagesordnung — Wahl der Matritelkommission und Annahme von sechs im andern Hause bereits angenommenen Gesetzentwürfen (darunter die Aufhebung der Steuer von dem im Land erzeugten Wein) — fast ohne Debatte. Das Haus der Abgeordneten genehmigte in Schlußberatung die Anträge

des Abg. Krieger (Goldsp.) wegen Aufhebung des Strafverfahrens wegen Preßvergehen gegen mehrere Abgeordnete auf die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode. Auch die Konservativen stimmten bis auf zwei sämmtlich dafür. Hierauf wurde die unterbrochene Beratung der Petition der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung wieder aufgenommen. Der Standpunkt der Regierung ließ sich der Natur der Sache und der bisherigen Praxis gegenüber natürlich nicht verteidigen; aber bedeutenden Eindruck machte dennoch die große Klarheit und Schärfe, mit welcher der Abg. Sneyl diese Unhaltbarkeit darlegte und den Standpunkt als durchaus unmonarchisch charakterisirte. Auch Graf Schwerin trat zum Schluß unumwunden auf seine Seite, und nachdem ebenfalls der Referent Namens der Kommission sich für den Sneyl'schen Antrag ausgesprochen, ward derselbe mit überwiegender Majorität angenommen. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, die Dissidentenpetitionen, wurde auf morgen vertagt.

Berlin, 11. März. (N. Fr. Z.) Die heutige Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses war den Dissidenten gewidmet, welche, wie der Abg. Jung mit Recht hervorhob, in jedem Jahr als Zugvögel mit ihren Beschwerden an das Haus kommen, um dann von der Regierung unberücksichtigt in den Aktenrepositorien wieder zu verschwinden. Zwar haben die Polizeischützen, welche die Dissidenten in Preußen unter dem Ministerium Mantauessel ausgeübt waren, seit einem in der neuen Ära von dem Minister v. Bethmann-Hollweg dagegen erlassenen Restrikt aufgehört, aber noch immer entbehren die freien Gemeinden einer gesetzlichen, der Verfassung entsprechenden Feststellung ihrer äußeren Verhältnisse, insbesondere auch der Korporationsrechte. Die Herbeiführung derselben machte den Inhalt der 44 Petitionen von Dissidentengemeinden aus, welche die Unterlage zu der heutigen Verhandlung bildeten. Abgesehen von der Ertheilung von Korporationsrechten und der Sicherung der jetzt thatsächlich bestehenden Freiheiten verlangten die Petenten u. A. auch Einführung der gerichtlichen Ehegerichtsbarkeit für die Ehen nicht nur der Dissidenten unter sich, sondern auch der Dissidenten mit anderen Personen, sowie auch Vereinfachung der Austrittserklärung aus den privilegierten Landeskirchen. Die Kommission beantragt, die Petitionen der Dissidenten bezüglich der meisten darin enthaltenen Punkte der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Reichensperger erklärte diesen Antrag aus formellen Gründen für unzulässig, weil die Petitionen in Form eines Gesetzentwurfs abgefaßt seien, die Initiative in der Gesetzgebung aber nur auf Antrag von fünfzehn Abgeordneten vom Hause ergriffen werden dürfe. Abg. Jung wies dieses Bedenken zurück, weil der Gesetzentwurf nichts weiter sei, als eine Anlage zu den Petitionen. Abg. Wagner will die Petitionen der Regierung nur im Allgemeinen zur Erwägung übergeben und erklärt die freien Gemeinden für unwillig zur Erlangung von Korporationsrechten, weil sie weder „gemeinnützig“ noch „bauern“ seien; er will zwar auch keine Polizeischützen, spricht sich aber gegen die jetzt übliche Entbindung der Dissidentenfinder von dem Religionsunterricht in den Volksschulen aus, weil man den Kindern, bevor sie das Alter erlangt hätten, sich selbständig eine Religion zu wählen, erst Gelegenheit geben müsse, die christliche Religion kennen zu lernen. Wagner nimmt dabei Gelegenheit, auf die bekannten Vorgänge in Mannheim als einen Beweis von der Intoleranz des Fortschritts hinzuweisen. Abg. Tschow erwidert darauf unter Zustimmung der Liberalen und beständigem Widerspruch der Feudalen, daß die evangelische Kirche in Preußen Gott danken könne, wenn sie erst eine solche selbständige Stellung erlangt hätte wie in Baden; was die letzten Vorgänge daselbst betreffe, so sei, fährt er denn ironisch fort, die dort verübte Auflehnung gegen die von Gott verordnete Obrigkeit allerdings tief zu beklagen. Die Debatte wird nächsten Montag fortgesetzt werden.

Berlin, 11. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt heute einen Leitartikel über die Herzogthümerfrage, der (mit Weglassung des Eingangs) also lautet:

So lange die Herzogthümer mit Dänemark vereinigt waren, so lange auch waren dieselben bei einer europäischen Verwicklung eine Drohung für Kopenhagen. Die dänische Politik hatte bei einer solchen Gelegenheit, ehe sie Front gegen Deutschland machte, stets in Erwägung zu ziehen, daß die Herzogthümer für sie verloren sein müßten, wenn Deutschland siegreich aus einem solchen Krieg hervorging, in welchem sich Dänemark auf Seiten der Gegner Deutschlands gestellt hätte.

Dieser Gedanke mußte bei allen dänischen Staatsmännern maßgebend sein. Er war, wie gesagt, eine Drohung für Kopenhagen und gleichzeitig ein Schutz für die preussischen Ostsee-Küsten.

Mit der Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark hat sich die Sache gerade umgekehrt. Dänemark, das jetzt an deutschen Provinzen nichts mehr zu verlieren, sondern nur dieselben wieder zu gewinnen hat, ist eine Drohung für Deutschland geworden, aber mehr noch, als für Deutschland, eine Drohung für Preußen.

Es kann für Niemand ein Zweifel darüber bestehen, auf welcher Seite man Dänemark bei einem Krieg finden wird, der gegen Deutschland geführt würde. Man würde in Kopenhagen den letzten Mann, den letzten Thaler bereitwillig opfern, um die Revanche des Jahres 1864 zu nehmen.

Die Haltung des Berliner Kabinet's vor und bei dem Ausbruch des dänischen Krieges hat bewiesen, daß die preussischen Staatsmänner

diese Konsequenzen, die ihnen aus der kommenden Situation erwachsen mußten, wohl zu würdigen wußten. Die diplomatischen Rundgebungen Preußens vor Beginn des Krieges tragen nicht den Stempel eines herausfordernden Tones, hinter dem sich eine eroberungsfüchtige Politik zu verbergen sucht, sie enthalten nur Worte einer weisen Mäßigung, in denen das Berliner Kabinet die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen forderte, die man in Kopenhagen durch den Sondervertrag eingegangen war. Und noch vierundzwanzig Stunden vorher, ehe die preussischen Truppen die Eider überschritten, machte Hr. v. Bismarck warnend auf die Konsequenzen aufmerksam, welche die durch einen Krieg veränderte Situation notwendiger Weise im Gefolge haben würden.

Wir glauben, daß auch die österreichischen Staatsmänner diese Konsequenzen vorhersehen und sich sagen mußten, daß, indem die beiden deutschen Großmächte dem nationalen Drängen des deutschen Volkes hinsichtlich der Herzogthümer Rechnung trugen und eine neue staatsliche Ordnung in den Herzogthümern schufen, Preußen, als der norddeutsche Großstaat, in die Lage kommen werde, zum Schutz seiner Grenzen diejenigen Garantien zu fordern, die ihm jetzt unabweißbar nothwendig geworden sind.

Daß dieser Schutz nicht in der Errichtung eines kleinen, selbständigen Staats gefunden werden kann, der bei dem ersten Anprall über den Haufen gerannt werden dürfte, und der auch nicht einmal finanziell die Mittel zur Errichtung und Instandhaltung der, einer solchen Position nothwendigen fortifikatorischen Verteidigungsmittel besitzt, — das haben sich auch wohl die österreichischen Staatsmänner damals gesagt.

Preußen hat nun in seiner letzten Depesche diejenigen Forderungen bezeichnet, deren Erfüllung ihm bei dieser veränderten Lage der Dinge zu seiner Sicherheit unbedingt nothwendig sind. Wenn Oesterreich diese Propositionen nicht annehmbar findet, so wird voraussichtlich der gemeinschaftliche Besitz fortdauern, bis beide Mächte sich über diese oder andere Bedingungen für die Zukunft geeinigt haben werden.

Wien, 12. März. (Köln. Z.) Heute 5^{1/2} Uhr starb Erzbischof Przhyluski am Typhus.

Wien, 10. März. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: „Der hiesher berufene Bundespräsident-Gesandte trifft am Sonntag ein. Er hat hier diejenigen eingehenden Instruktionen entgegenzunehmen, welche für den Fall erforderlich sein möchten, daß von einzelnen Bundesregierungen jetzt ein Vorgehen am Bunde beliebt werden sollte; und es versteht sich von selbst, daß Vermuthungen vorliegen, daß ein solches Vorgehen in nächster Zeit zu erwarten steht.“

Wien, 11. März. Der Ausschuß zur Berichterstattung über die bekannte, vom Finanzminister v. Plener bei Verhandlung über den Jahresbericht der Staatsschulden-Kontrollkommission abgegebene Erklärung beschloß einstimmig: Es sei kein Grund vorhanden, bezweigen beim Hause einen Antrag zu stellen, nachdem Hr. v. Plener erklärt, er sei zu jener Aeußerung nur dadurch veranlaßt worden, weil er geglaubt, die Anträge der Kontrollkommission gingen über deren gesetzlichen Wirkungsbereich hinaus.

Wien, 11. März. Die „Generalkorr.“ schreibt: Laut den Nachrichten, die aus Galizien eingegangen sind, scheinen die dortigen Nothzustände zu solchen Besorgnissen nicht Anlaß zu geben, wie in den letzten Tagen hier angenommen worden war. In Folge des Mißwachses in einigen Gebirgsgegenden konnte man allerdings befürchten, daß es der dortigen, größtentheils sehr armen Bevölkerung gegen das Frühjahr sowohl an den zur Bestellung ihrer Felder nöthigen Saaten, als auch an den Mitteln der eigenen Ernährung fehlen werde. Es wurden daher von Seite der galizischen Behörden schon zu Anfang des Winters umfassende Vorkehrungen getroffen, um den zunächst davon betroffenen Gegenden ergiebige Hilfe zu schaffen und den Ausbruch eines größeren Dimensionen annehmenden Nothstandes hintanzuhalten. Die diesjährigen Bemühungen waren natürlich nicht im Stande, Armuth und Noth aus jenen Gegenden zu bannen; aber sie scheinen doch wenigstens in so fern von Erfolg gewesen zu sein, als bisher von dem Ausbruch einer wirklichen Hungersnoth oder von Fällen des Hungertyphus nichts bekannt geworden ist und als keine, besondere Besorgniß erregende Anzeichen aus den betreffenden Gegenden bisher eingelangt sind. Den energischen Verfügungen, welche in dieser Beziehung auch neuestens getroffen worden sind, dürfte es wohl gelingen, diese höchst bedauerliche Nothlage auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken und derselben um so mehr zu steuern, als, wenn die Landesmittel nicht ausreichen sollten, auch die Hilfe des Reiches in Anspruch genommen werden kann.

†† **Wien, 11. März.** Wenn einzelne preussische Blätter betonen, daß Oesterreich die preussischen Forderungen allerdings nicht pure acceptirt, aber doch als geeigneten Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen bezeichnet habe, so irren sie. Oesterreich hat diese Forderungen ganz und vollständig für unannehmbar erklärt, und eine Verhandlung auf der Basis dieser Forderungen ist als durchaus unmöglich bezeichnet worden. Freilich ist der Faden der Verhandlung nicht überhaupt abgebrochen; Oesterreich hat vielmehr seine Bereitwilligkeit kundgegeben, wenn Preußen etwa mit andern Vorschlägen zur Lösung hervortreten sollte, auch diese neuen Vorschläge eingehend zu prüfen und zu dieser Prüfung den

ernsten Willen mitzubringen, den preussischen Interessen nach Kräften gerecht zu werden. Aber über die in der preussischen Depesche vom 23. Febr. aufgestellten Forderungen wird nicht mehr verhandelt werden; sie sind und bleiben definitiv abgelehnt, und Oesterreich hat sich nicht allein nicht davor ergeben, auf unbestimmte Zeit hinaus das gegenwärtige Provisorium fortbauern zu lassen, sondern es hat in seiner letzten Depesche nochmals, und dringender als vorher, die Nothwendigkeit betont, dieses Provisorium endlich zum raschen Ende zu bringen.

Wien, 12. März, Abds. (Fr. P. 3.) Der Bundespräsidentialgesandte, Hr. v. Kube, ist hier angekommen, und hat bereits diesen Mittag den Minister, Grafen v. Mensdorff gesprochen. — Das Wahlauschreiben zum kroatischen Landtag für die zweite Hälfte des Aprils unterliegt eben der Sanction des Kaisers.

Italien.

* **Turin, 10. März.** Abgeordnetenkammer. Hr. Panattoni spricht zu Gunsten der Abschaffung der Todesstrafe. Hr. Conforti ist gegen die sofortige Abschaffung. Er sagt, die Kammer dürfe nicht einen so wichtigen Entschluß fassen, ohne mehrere Körperschaften zu Rathe zu ziehen, die in bestimmten Sachen Autorität haben, ohne eine Statistik ad hoc verordnet zu haben und ohne reichlich die Sache zu prüfen. Der Schluß wird angenommen.

Frankreich.

* **Paris, 11. März.** In der gestrigen Senatsitzung kam es gelegentlich der Verlesung des Protokolls zu einer sehr heftigen Erklärung zwischen Baron Heeckeren und Marquis Boissy. Der Streit, der nach einigen Aeußerungen zu urtheilen auf einem andern Terrain ausgefochten zu werden droht, wurde am Ende der Sitzung und auf Veranlassung des Präsidenten durch gegenseitige Erklärungen wieder innerhalb der parlamentarischen Grenzen beigelegt.

Auch Gen. Montauban und Graf Germiny reklamirten wegen verschiedener unangenehmer Ueberschreitungen des Boissyschen Redestroms. Soultot de St. Germain hielt hierauf noch eine Mahnrede, deren wesentlichen Inhalt er selber folgendermaßen zusammenfaßt: „Die Macht Frankreichs ist nicht allein in der Gewalt seiner Waffen bedingt. Letztere ist von der ganzen Welt anerkannt, und seit 15 Jahren haben unsere Söhne bewiesen, daß sie in Bezug auf Muth und Hingebung an das Land nicht aus der Art geschlagen sind. Enthalten wir uns also fernerhin einer Intervention in Fragen, welche unsere Ehre und unsere Interessen nicht direkt berühren. Schaffen wir im Innern politisch-soziale Zustände, die auf Arbeit, Ordnung und Sparsamkeit, und nicht auf jenem übertriebenen Luxus beruhen, der über uns hereinbricht, und den die Theilung unserer Vermögen nicht zu ertragen vermag. Bestreben wir uns, dem nachwachsenden Geschlecht eine ernstere Richtung anzuweisen, die es vor den Verführungen der Leidenschaften bewahrt und Frankreich, wie der kaiserlichen Dynastie, die zweimal das Land vor der Anarchie gerettet, glorreiche und friedliche Tage bereite!“

Man geht hierauf zu der Discussion der einzelnen Paragraphen der Adresse über und gelangt, ohne auf irgend erhebliche Einsprache zu stoßen, bis zu § 13, der die Beziehungen zwischen Staat und Kirche behandelt. Zuerst spricht der Kardinal-Erzbischof von Bordeaux über die Encyclica-Angelegenheit, nicht, wie er sagt, um die durch dieselbe in so unerwarteter Weise hervorgerufene Aufregung zu vermindern, sondern um, wo möglich, die Uebereinstimmung zwischen den beiden großen Gewalten wieder herzustellen. Religion und Patriotismus erblicken gleich sehr, daß zwischen Frankreich und der Kirche eine unauslöbliche Allianz, wie sie schon unter der verschiedensten Form seit Jahrhunderten bestanden, auch fernerhin fortbauere. Allein die Stellung, in welche man zeitweise kraft des Konkordats und der organischen Artikel den französischen Episcopat versetzt, stimmen nicht nur nicht zu den Prinzipien der Religion, sondern nicht einmal zu den einfachsten Geboten der Billigkeit. Es gebe manchmal schwierige Tage für die Kirche, es gebe deren aber auch für die Regierungen, und es bedürfe wohl ihrer gesammten vereinigten Anstrengungen, um den Frieden in der so tief erschütterten Gesellschaft zu erhalten. Uebrigens werde er gegen den Paragraphen stimmen, es sei denn, daß er aus den Worten der Regierungskommission die Uebersetzung schöpfen könne, es werde Nichts vermisst werden, um die gute Harmonie zwischen Staat und Kirche wieder herzustellen.

Senator Stourm tritt gleichfalls vermittelnd auf. Er wendet sich an die Regierung; sie möge unablässig dem heil. Stuhle ihre Achtung und ihr Wohlwollen bezeigen. Auf der andern Seite beschwört er diesen letztern, das kath. Frankreich vor allen Aufregungen zu bewahren, die man durch längst von der Tradition verurtheilte und außerdem fruchtlose Ansprüche hervorgerufen möchte. Sie könnten ohnedies nie gegen den nationalen Willen aufkommen, der auf seine Unabhängigkeit eifersüchtig sei.

Nach Stourm tritt der Kardinal-Erzbischof Mathieu von Besancon auf — derselbe, der wegen Amtsniedertritte vor den Staatsrath zitiert worden war. Er ist sich bewußt, indem er handelt, wie er gethan, seine Pflicht erfüllt zu haben, und er sucht dies sowohl aus dem Konkordat selbst, als aus der den Bischöfen obliegenden Gewissenspflicht und den seinem Klerus gegenüber von ihm zu beobachtenden Vorschriften der Klugheit darzuthun. Diesem seinem Klerus gegenüber müßte sich der Kardinal-Erzbischof, wie er am Schluß sagt, als Heerführer benehmen und selber sich auf die Breche stellen. „Ich war mir wohl bewußt — fährt er fort — was daraus entstehen könnte; allein es war immerhin besser, daß es wegen Amtsniedertritte einen, als daß es hundert Prozesse gebe, und es war auf diese Weise mein sämmtlicher Klerus und Jedermann, der hinter mir stand, gedeckt. Dies habe ich in der Geradsicht meines Herzens gethan; Einer hat für Alle bezahlt. Ich hege das Bewußtsein, meine Pflicht gethan zu haben, und wenn Sie mich auch verurtheilen, so habe ich doch die Hoffnung, daß Sie mich immer noch achten werden.“

Hr. Rouland zeigt an, daß er als Regierungskommissär sich auf die Frage näher einlassen müßte, und bittet deshalb, die Diskussion auf den folgenden Tag zu verschieben. Der Senat geht darauf ein, und die Sitzung wird, nachdem die oben erwähnten Erklärungen zwischen Marquis Boissy und Baron Heeckeren ausgetauscht sind, geschlossen.

Das Amendement der Opposition gegen die Aushebung von 100,000 Mann ist weder von den Hh. Thiers und Berryer, noch von den Hh. Havin und Guéroult

unterzeichnet. Das Amendement des Hrn. A. Darimon verlangt, daß zum Art. 113 des Gesetzes wegen provisorischer Freilassung folgender Zusatz gemacht werde:

Die Präventivhaft wird nicht auf politische Verbrechen und Vergehen angewandt. Der Angeklagte wird in Freiheit gelassen, ohne dazu gehalten zu sein, die in den Art. 120 und 124 bezeichnete Kaution zu leisten.

Die „France“ glaubt, die Arbeiten der Adresskommission des Gesetzgeb. Körpers seien so weit gediehen, daß gegen Ende nächster Woche die Adresse in öffentlicher Sitzung verlesen werden könne. — Der Municipalrath von Lyon hat eine Dankadresse an den Kaiser votirt. Bei dieser Gelegenheit legt der Rhone-Präfekt, Hr. Chevreau, die Pläne der großen, in Lyon zu unternehmenden Arbeiten vor, welche die einstimmige Zustimmung dieser Versammlung fanden. — Montag Mittag wird in der St.-Magdalena-Kirche das Leichenbegängniß des Herzogs v. Morony abgehalten werden. Der Staat wird die Kosten tragen. Der ganze Gesetzgeb. Körper wird der Feier beiwohnen. — Börse schwach. Rente 67.70, Cred. mob. 866.25, ital. Anl. 64.85.

* **Paris, 12. März.** Die gestrige Senatsitzung wurde ausschließlich von der Rede des Hrn. Rouland eingenommen, deren Zweck war, den verderblichen Einfluß darzulegen, welchen die ultramontane Partei und deren Organe in der Presse auf das Verhältniß des Staats zur Kirche ausübt.

Hr. Rouland erklärt, daß er in der Frage der Beziehungen zwischen Staat und Kirche nicht alle die Schwierigkeiten sieht, von denen man so häufig spreche, da eben diese Schwierigkeiten durch eine sehr lange und sehr unbestrittene Tradition beseitigt sind. „Unsere Väter, obgleich sie sehr eifrige Katholiken gewesen — ruft er aus — haben nie die Annahmen des römischen Stuhls auf die ausschließliche und absolute Regierung der universellen Kirche anerkannt; niemals wollten sie ein Land des unbedingten Gehorsams sein; sie hatten in ihrer Kirche, in der gallikanischen Kirche, Gebräuche, Rechte, welche die Päpste nicht zu verdammen wagten, die sie nicht verdammen konnten.“ Der Redner erinnert an den Ursprung der gallikanischen Freiheiten, an ihr Alter und an ihre vollständige Befestigung durch das Konkordat, das Werk des ersten Konkuls. Er legt sodann die Nothwendigkeit der Trennung der Gewalten des Staats und der Kirche dar, und fragt sich, was denn die Ursache der Agitation sei, die sich heute bezüglich der religiösen Frage kundgibt. Er findet dieselbe in einem ausgedehnten System, welches von einer mächtigen Partei zur Ausführung gebracht, den heil. Vater mit sich fortträgt und ihn durch seine Intriguen irre leitet. Die Männer dieser ultramontanen Partei, welche die Vergangenheit zurückwünschen, zeigen die untergeordnete Geißlichkeit dazu, dem Episcopat über den Kopf zu wachsen, um nur noch das Papstthum zu sehen. Was sie religiöse Freiheit nennen, ist die universelle Ueberlegenheit des Papstthums, die Anechtung der katholischen Welt.

Nachdem der Redner an das energische Auftreten des Kardinals von Lothringen beim Tridentiner Concilium und an die Erklärung von 1682 erinnert hat, stellt er denselben die beständigen Bestrebungen der ultramontanen Partei entgegen, und wenn er in Rom französischen Priestern begegnet, welche vom Gelbe Frankreichs genährt sind und sich dort zum Organ aller Verleumdung machen, so kann er nicht umhin, in einem solchen Auftreten eine Verirrung der Parteien und eine Gewaltthätigkeit der Leidenschaften zu erblicken. Um eine Idee davon zu geben, auf welche Weise die Ultramontanen zu Werke gehen, führt er eine Stelle der Beurtheilung des Syllabus an, wie sie der „Monde“ gibt. Er weist auf die Ausdehnung und auf das schnelle Reichwerden der religiösen Orden hin, und behauptet die Art und Weise des Unterrichts, der von diesen religiösen Orden erteilt wird, und der darauf ausgeht, die politischen Zwistigkeiten fortzupflanzen, anstatt sie zu verwickeln.

Als andere beklagenswerthe Mittel, welche diese Partei anwendet, führt der Redner noch die Veränderung der Liturgie, den öfter wiederholten Gebrauch der Entscheidungen durch die Index-Kongregation an. (Lebhafter Beifall.) Die Sitzung wird auf einen Augenblick unterbrochen; alsdann setzt Hr. Rouland seine Anklagen gegen die ultramontane Partei fort. Namentlich beleuchtet er das von derselben ausgehende System der Verdächtigung der Bischöfe von der ihnen untergebenen Geistlichkeit.

Der Kardinal v. Bonnehose protestirt lebhaft gegen diese Angabe und will weder, daß er, noch daß seine ehrwürdigen Kollegen auf eine solche Weise in Schutz genommen werden. Auch Kardinal Donnet stellt die Richtigkeit dieser Angabe in Abrede, und sagt, er würde nicht einen Augenblick ansetzen, seine Entlassung zu geben, wenn ein solches Verhältniß wirklich existirte. Hr. Rouland antwortet, daß er sich nicht die Aufgabe gestellt habe, den Episcopat zu vertheidigen, sondern nur die Lage zu bedauern, in welche die ultramontane Partei denselben versetzt habe; er bleibt aber bei seiner Behauptung, daß die Lage der Dinge der Wahrheit gemäß sich so verhalte, wie er angegeben habe. Er tadelt sodann sehr heftig das Verfahren der päpstlichen Kurie in Frankreich und konstatiert die Mißachtung der Erklärungen auf Amtsniedertritte.

Schließlich bemerkt er: Es gibt zwei Systeme, welche das religiöse Gefühl ruiniren; nämlich das revolutionäre und das ultramontane System. Zwischen ersterem, welches auf das Resultat der freien Kirche im freien Staat hinausläuft, und letzterem, welches die Religion mit der Unabhängigkeit der Völker und somit mit dem weisen und gerechtfertigten Fortschritt der Zivilisation unvereinbar machen würde, liegt ein anderes Verfahren, welches darin besteht, die Vollziehung der Gesetze zu fordern. Wenn sie zuweilen unmöglich, der Sanction entbehrend sind, so muß die Regierung sehen, was zu thun ist. Die Regierung des Kaisers mit ihrer Mäßigkeit, Weisheit und Festigkeit und die Vertreter des Volkes werden darüber zu entscheiden haben. Sie werden ganz sicherlich den Frieden in den Gemüthern, das Wohl der Religion, die Unabhängigkeit der Krone, und die Ruhe des Landes herbeiführen. (Sehr gut!)

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Sitzung geschlossen und bis auf Dienstag die weitere Diskussion hinausgeschoben.

Spanien.

* **Madrid, 10. März, Abends.** Der „Gobierno“ erklärt, daß die Gerüchte einer Ministerkrise, sowie diejenigen einer nahen Empörung jeder Begründung entbehren.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 8. März. Ein kaiserl. Ukas verordnet, daß, da in diesem Jahr die im Jahr 1857 emittirten

Schatzbriefe, Serie 49 — 54, zur Tilgung gelangen müssen, sechs neue Serien (114 — 119) im Gesamtbetrage von 18 Mill. Rubel auf acht Jahre ausgegeben werden sollen.

Die Gültigkeit der Verordnung betreffs der Aufhebung der Bauern zum Ungehorsam und zu Unordnungen ist laut Zirkular noch für das Jahr 1866 bestätigt. — Es sind ferner Bestimmungen getroffen zur Vertheilung des Restbetrages von 5 Mill. Rubel, die von den zur Unterstützung des kleinen Grundbesitzes (mit weniger als 20 Seelen) bestimmten Summen herrühren. — Ein neues Reglement erklärt den Transit des Kautajus frei für alle Waaren, mit Ausnahme des Pulvers. Drei Straßen sind hiefür den europäischen Waaren zwischen dem Kaspischen und Schwarzen Meere offen.

Türkei.

Konstantinopel, 4. März. Es ist eine aus Ingenieuren bestehende Kommission ernannt worden, welche sich mit der Befestigung der türkisch-persischen Grenze zu befassen hat. Die auf Karat bezüglichen französischen Ansprüche sind zurückgewiesen worden. Aus Sughum Kale wird die Verhaftung Michel Bey's, des ehemaligen Fürsten von Abasien, gemeldet. Der Gefangene wird nach St. Petersburg gebracht werden. Die Kommission, welche die rumänische Klosterfrage zu behandeln hat, ist wieder zusammengetreten.

Großbritannien.

* **London, 10. März.** Parlamentsverhandlungen vom 9. März.

Oberhaus. Lordkanzler bringt eine Bill ein, welche die Schuldenhaft gänzlich abzuschaffen bezweckt. — Der Marquis of Clanricarde fragt, ob die Regierung vielleicht über den Stand der Dinge in dem an dem La Plata grenzenden Theil Südamerikas Auskunft geben könne? Carl Russell (der auf der Gallerie fast unhörbar ist) sagt, er glaube, daß an der Mündung des La Plata eine sehr große, aus 8 oder 9 Kriegsschiffen bestehende brasilianische Streitmacht liege, die dahin gesandt sei, um die Regierung zur Gewährung der brasilianischen Forderungen zu zwingen. Hr. Maj. Gensdarm in Montevideo habe die lebhafteste Hoffnung ausgesprochen, daß kein Versuch stattfinden werde, die Stadt zu bombardiren. Der englische und der französische Flottenbefehlshaber auf dem La Plata seien der Meinung, daß die Stadt keine Aussicht habe, einen erfolgreichen Widerstand zu leisten, und sie hofften, daß sie keine Gegenwehr versuchen werde, weil in diesem Fall nothwendiger Weise sehr viel Menschenleben und Eigenthum zu Grunde gehen würde. Hr. Maj. Gensdarm habe den Befehl gegeben, im Fall eines Bombardements britische Kanonen und ihr Eigenthum zu beschützen. Nächstens würden dem Hause Allenfische über diese Angelegenheit vorgelegt werden.

Unterhaus. White fragt an, wann der Schatzkanzler seine Finanzvorlage machen werde? Der Schatzkanzler kann den Zeitpunkt noch nicht bestimmen. Am Montag werde er vielleicht sagen können, ob er sie vor oder nach Oftern machen werde.

White wünscht zu wissen, ob die Regierung, um die freundlichen Beziehungen zu Brasilien wieder herzustellen, nicht in der gegenwärtigen Session eine Bill einzubringen beabsichtige, wodurch die sogenannte Aberdeen-Akte aufgehoben würde. Hierauf erwidert Lord Palmerston: Nein, Sir, es ist nicht die Absicht der Regierung, Ihrer Maj., eine Bill zur Aufhebung jener Akte einzubringen, und zwar aus dem Grund, weil im Fall ihrer Aufhebung der Klarenhandel in fast unbegrenztem Maß wieder ausleben würde. Und wenn die brasilianische Regierung die besten Absichten hätte, würde es eitel sein, ihn zu verhindern, wie wir am Beispiel Cuba's sehen, wo der Generalkapitän den religiösen und aufrichtigsten Wunsch hat, dem Handel ein Ende zu machen, die Freiheit seiner Untergeordneten aber seine Absichten durchkreuzt und vereitelt. Ich darf jedoch sagen, und das Haus wird gewiß mit Vergnügen vernehmen, daß durch die Vermittlung der portugiesischen Regierung Unterhandlungen gepflogen werden, welche die Wiederherstellung freundlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Brasilien bezwecken. (Beifall.)

Maguire richtet an den Premier die Frage, ob er etwas dagegen haben würde, dem Hause den wesentlichen Inhalt der mit dem englischen Postdampfer angelangten Nachrichten über den Stand der Dinge am La Plata mitzutheilen; ferner, ob der britische Gesandte und Admiral die Weisung erhalten hätten, zu verhindern, daß die Brasilier und die Insurgenten in Montevideo das beklagenswerthe, in Passandub gegebene Schauspiel der Vernichtung von Menschenleben und Eigenthum wiederholen? Lord Palmerston erwidert: Den letzten Nachrichten zufolge war es wahrscheinlich, daß die Seemacht Brasiliens und die theilweise von Brasilien unterstützten Landtruppen des Generals Flores einen Angriff auf die Stadt Montevideo machen würden. Der britische Gesandte machte dem brasilianischen Befehlshaber wegen dessen anscheinender Absicht, die Stadt zu bombardiren, Vorstellungen, und drang auf die Ergreifung von Vorsichtsmaßregeln, damit, im Fall eines solchen Ereignisses, die Personen und das Eigenthum der Ausländer, deren sehr viele britische Unterthanen sind, so weit als möglich vor Schaden behütet blieben. Weitere Mittheilungen werden folgen, und Allenfische über den Gegenstand werden vorbereitet, die in jüngster Zeit eingetroffenen nebst den andern. Ich bedaure, daß in jener Gegend Krieg geführt wird nach Prinzipien, die dem Gefühl von Europäern nicht sehr entsprechen; aber wir mischen uns in diesen Krieg nicht ein, außer durch die bringende Vorstellung, daß er mit möglichst geringer Gefahr für die Personen und das Eigenthum von Ausländern geführt werde. (Hört, hört!)

Lord Rob. Cecil fragt den Unterstaatssekretär des Auswärtigen, ob das auswärtige Amt nicht vor Kurzem von der amerikanischen Regierung oder dem amerikanischen Gesandten Zuschriften erhalten habe, worin Schadenersatz gefordert wurde für die Verluste, welche Bürger der Verein. Staaten durch die Operationen der „Alabama“ oder anderer von der Regierung des Südbundes ausgesandter Schiffe erlitten haben; und ob er, in diesem Fall, sich weigern würde, die auf jene Forderungen bezüglichen Schriftstücke vorzulegen. Beifügen müßte er den Wunsch, der ehrenw. Gentleman solle nicht glauben, daß er das Wort „Forderungen“ im frengen Sinn gemeint habe. Laphard: Keine Zuschriften dieser Art sind in letzter Zeit an die Regierung Ihrer Majestät gelangt. (Hört!)

White fragt den ehrenw. Gentleman, ob es richtig sei, daß die englische Regierung sehr viele Forderungen an die Regierung der Verein. Staaten habe in Folge von Vorgängen, die sich während des Krieges ereignet haben, und daß diese Forderungen in vielen Fällen der Regierung der Verein. Staaten zugesandt worden sind oder werden sollten? Laphard: Solche Forderungen sind vorhanden und sind an die amerikanische Regierung gerichtet worden.

Zum Subsidienkomitee wird hierauf das Flottenbudget be-
trachtet. Außer den von der Regierung verlangten 69,750 Mann wer-
den 2,945,006 Pfd. für Besoldung und 1,325,694 Pfd. Stf. für Le-
bensmittel und Bekleidung votirt.

Ueberlandpost.

London, 11. März. Mit der Ueberlandpost sind Nach-
richten aus Melbourne vom 26. Januar hier eingetroffen.
Der südafrikanische amerikanische Dampfer „Shenandoah“ war
in Melbourne angekommen und hatte seit seiner Abreise vom
Cap der guten Hoffnung 11 Schiffe der Union verbrannt. —
Laut Berichten aus Neu-Seeland waren die Zustände
dieselbst bedenklicher geworden. Die Eingebornen von Tau-
ranga waren abgefallen, und diejenigen von Waikato rüsteten
sich, um dem Stamm der Taranaki in seinem Widerstand gegen
General Cameron beizustehen.

Amerika.

* **Neu-York, 25. Febr.** (Per „Etna.“) An dem Geburts-
tage Washington's, welcher diesmal wegen der Einnahme
Charlestones besonders feierlich begangen werden sollte, ist die
amtliche Mitteilung eingetroffen, daß auch in Wilming-
ton die Unionsflagge wieder aufgespant worden ist. Nach-
dem die Bundesstruppen Fort Anderson (mit 700 Gefangenen
und 30 Kanonen) genommen, rückten sie dem abziehenden
Feinde ohne Verzug nach, fanden Wilmington geräumt und
zogen in die Festung ein. Sie erbeuteten daselbst 20 Kanonen
und machten 600 Gefangene. Von Admiral Porter und
General Schofield sind unterdeß Depeschen eingegangen,
welche einen nähern Einblick in die letzten Operationen am
Cape Fear River gestatten. Mit 8000 Mann, und zu Wasser
von vier Schiffen begleitet, marschirte Schofield am 17. von
Smithville aus gegen Fort Anderson vor; ihm folgte am
nächsten Tage Admiral Porter mit 17 seiner Schiffe. Schwere
Geschütze brachte die Batterie des Forts zum Schweigen;
doch legte Porter das Bombardement fort, während
Schofield im Rücken des Forts operirte. Die Besatzung,
sich nahezu umzingelt sehend, räumte am frühen Morgen den
Platz und zog sich nach Wilmington hin zurück. Auf dem
Fuß folgten ihr Terry und Cox, griffen sie bei Town Creek,
wo sie Halt gemacht hatte, an, und nahmen 300 Gefangene
und zwei Kanonen. Weiter vorbringend, kam Cox am 21.
gegenüber Wilmington am Brunsdick River an, wo die Brü-
cken in Flammen standen. Die Südstaatlichen räumten die
Stadt noch in derselben Nacht, nachdem sie 1000 Ballen
Baumwolle und 15,000 Faß Harz verbrannt, und zogen nach
Norden ab. Die Bundesstruppen besetzten Wilmington am
22. Morgens. Terry machte sich sofort auf die Verfolgung
des flüchtigen Feindes (unter Hote).

Sherman setzt seinen Marsch nach Norden fort, während
Beauregard sich vor ihm zurückzieht. Am 19. stand Sher-
man in der Nähe von Winsborough, 30 Meilen nördlich von
Columbia an der Eisenbahn nach Charlotte. Spätere Nach-
richten fehlen, da die Richmonder Blätter Befehl erhalten
haben, über Sherman's und Beauregard's Bewegungen zu
schweigen. Der südstaatliche Kavalleriegeneral Wheeler hat
am 10., wie der „Richmond Whig“ meldet, zwei Angriffe bei
Aiken zurückgeschlagen, sah sich aber genöthigt, zurückzuweichen,
und der Feind, 10,000 Mann Kavallerie und 4000 Mann
berittener Infanterie zählend, rückte in Aiken (etwa 15 Mei-
len östlich von Augusta) ein. Bekanntlich hatte Sherman
den Vizegouverneur Kilpatrick in dieser Richtung abgejagt.

Südstaatliche Nachrichten vom 21. wiederholen, daß von
Newbern aus nach Westen, und von Knoxville aus nach
Osten nordstaatliche Kolonnen im Anzuge seien, um mit Sher-
man, der wahrscheinlich direkt in den Rücken Richmonds
marschiren wolle, zu kooperiren oder ihn zu verstärken. —
Von Petersburg aus wird gemeldet, daß der Zustand des
Terrains militärische Operationen einstmals unmöglich
mache. Grant soll seine neuen Verschanzungen jenseits
Fathers' Run aufgegeben haben. — Das Repräsentan-
tenhaus in Richmond hat den Antrag, die Sklaven zu
knechten, am 20. angenommen, am 21. aber hat ihn der Sen-
at auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. — Die beiden
Häuser der Legislatur von Kentucky haben die Ratifizierung
des die Sklaverei abschaffenden Amendements zur Verfassung
mit großer Majorität abgelehnt. Die Legislatur von Wis-
consin hat die Amendirung der Konstitution ratifizirt. — Es
ist eine Weisung zur Auslieferung des Preußen Ferdinand
Boigtmann ausgefertigt worden.

* **Neu-York, 25. Febr., Abends.** (Mit dem „North Ame-
rican.“) Admiral Porter meldet, daß am Vorabend der Ein-
nahme von Wilmington die Südstaatlichen 200 Torpilles
gegen die unionistische Flotte schleuderten, aber daß diese Zer-
störungsmaschinen von der Artillerie in Grund geschossen
wurden. General Joe Johnston hat Befehl erhalten, sich zu
See zu begeben, um unter seiner Leitung zu dienen.

Neu-York, 2. März. (W. L. B.) Sherman und Scho-
field vereinigt haben Columbia besetzt und verbrannt. Es
geht das Gerücht, daß Augusta eingenommen sei. John-
stone wurde zum Kommandanten der Armee von Tennessee,
Süd-Carolina's, Georgia's und Florida's ernannt. Hardee
und Hood eilen, sich mit ihm zu vereinigen.

Gold 198. Wechsel 214%. Bonds 110%. Baumwolle 84.

* Wenn von dem Ton der südstaatlichen Presse auf die
Stimmung des Volkes geschlossen werden kann, so muß die
Hoffnung, sich gegen die Waffen der Union halten zu können,
in einem Theil des Südens noch viel sanguinischer leben,
als die Thatfachen zu rechtfertigen scheinen. Der „Richmond
Whig“ sieht in dem Verlust Charlestones ein Glück, denn jetzt
würden sich alle südstaatlichen Truppen in Nord- und Süd-
Carolina auf einen Punkt konzentriren, um Sherman, wel-
cher sonst über Charlotte nach Salisbury, Greensborough
und Danville vordringen würde, den Weg zu verlegen. Das
Blatt schätzt Sherman's Macht auf 50,000 Mann und eine
starke Truppe Kavallerie. Der „Examiner“ glaubt, die
vom Feind geschmiedeten Pläne gegen die Hauptstädte des
Südens müßten fehlschlagen. Richmond sei jetzt keines-
wegs schlimmer gefährdet, als es im vorigen oder vor-

vorigen Frühjahr der Fall gewesen, wenn nur Jeder seiner
Pflicht nachkomme. Doch solle der Kongreß nicht länger
säumen, dem General Lee die verlangten Regefordaten
zu stellen. Andere Blätter glauben Sherman die War-
nung geben zu müssen, mit kompaktem Truppenkörper
zu marschiren. Wenn es ihm nicht gelinge, sich bald mit
Grant zu vereinigen oder Lee's Verbindungen abzuschnei-
den, so sei er dem Untergang geweiht. Die südstaatlichen
Truppen, welche sich einstweilen noch vor ihm zurückzögen,
würden ihm an einem solchen Punkt plötzlich Stand halten,
daß seinem Vorrücken auf immer ein Ende gemacht werde.
Die Mehrzahl der nordstaatlichen Blätter ist der An-
sicht, daß die letzten Tage des Aufstandes vor der Thür seien.
Die „New-York Tribune“ zieht aus den jüngsten Ereignissen
und Erscheinungen die Folge, daß der Südbund sich von der
Peripherie ins Zentrum hinein zusammenbröckele; zum Mittel-
punkt seien alle Truppen gezogen worden, und das sei ein
Beweis, daß die Leiter der Rebellion ihre Hoffnung auf einen
letzten verzweifelten Schlag setzten, dessen Nitzlingen ihre
Vernichtung sein werde. Die „New-York Times“ sagt, der
Fall Wilmingtons sei jetzt von größter Bedeutung, weil da-
durch Sherman's Vormarsch gesichert sei. Gleiches spricht
der „New-York Herald“ aus; sollten Hardee und Bragg, in
Nord-Carolina konzentriert, von Lee verstärkt werden und sich
vereint gegen Sherman wenden, so habe letzterer für den Fall
der Noth an Wilmington eine sichere Basis, um Hilfstruppen
an sich zu ziehen. Hote könne nun zwar zu Lee stoßen, doch
könne andererseits auch Schofield mit seinem ganzen Kom-
mando sich Grant oder Sherman anschließen. Die Kanonen-
boote reichten hin, Wilmington zu halten. Mit Grant, Sher-
man, Schofield, Sheridan und 200,000 tüchtiger und be-
geisteter Krieger auf der einen Seite und einer überzugerich-
teten und demoralisirten Armee von vielleicht 60,000 Mann
auf der andern Seite könne der Ausgang nicht mehr in Frage
stehen. Der „Herald“ berichtet vom Kriegeschauplatz, daß
die Südstaatlichen ihre Artillerie von der Front bei Peters-
burg zurückgezogen, ein Anzeichen, daß Lee die Stadt zu räu-
men gedente. Wiederum gehen Gerüchte von Friedens-
unterhandlungen um. General Singleton und Richter
Hughes sollen sich mit Pässen Lincoln's nach Richmond be-
geben haben; doch wird versichert, der Zweck dieser Herren sei
rein privater Natur.

* **Mexiko, (über Neu-York, 25. Febr.)** Von Chihuahua
aus hat Juarez eine Proklamation an das mexikanische
Volk erlassen, in der es heißt: „Getreu meiner Pflicht und
meinem Gewissen werde ich meine ganze Thatkraft mit der
Unterstützung und Mitwirkung der Mexikaner zur nationa-
len Vertheidigung aufbieten und das mexikanische Banner
hochhalten.“ Den Kaiser Maximilian nennt Juarez einen
Verräther und ein Werkzeug, ein freies Volk in die Ketten
der Sklaverei zu schlagen.

Baden.

Karlsruhe, 12. März. Gestern Abend 10 Uhr traf, von Augs-
burg (bzw. Laibach) kommend, eine etwa 270 Mann starke Abthei-
lung von Freiwilligen in mexikanischem Kriegsdienst unter
Führung mehrerer Offiziere hier an, und übernahmen in ver-
schiedenen Gasthäusern der Stadt. Es waren meistens Deutsche; nur wenige
Slaven und Magyaren befanden sich darunter. Größtentheils gebiente
Leute, öfter mit Medaillen geschmückt, machten sie in ihrer Phantasi-
uniform einen sehr militärischen Eindruck. Heute Morgen 7 Uhr sind
dieselben auf der Bahn abgegangen, um über Straßburg und Paris
nach St. Nazaire zu gelangen, wo sie sich nach Vera-Cruz einschiffen
werden.

* **Sforzheim, 12. März.** Nach dem kürzlich veröffentlichten
Rechenenschaftsbericht zur hiesigen Stadtrechnung pro 1863 be-
tragen in dem genannten Rechnungsjahr, nach dem „Haben“ der
Rechnung, die Gesamteinnahmen 148,049 fl. 3 kr. und die Ausgaben
148,024 fl. 41 kr. Die Haupteinnahmeposten sind: von Wadungen
30,486 fl., Taxen und Schreibgebühren 3110 fl., von Märkten, Lager-
und Kaufhausrenten 6914 fl., Umlagen 27,282 fl., Bürgerrenten-
gelder 3450 fl., ausgenommene Kapitalien 48,600 fl. Die Hauptaus-
gabeposten sind: auf Wadungen 5066 fl., auf öffentliche Plätze, Brun-
nen u. 10,957 fl., auf Damm-, Fluß-, Brücken- und Wegbauten
17,205 fl., auf Kirchen- und Schulanstalten 11,078 fl., auf die Ar-
menpolizei 8199 fl., Aufwand für die Gemeindeverwaltung 8962 fl.,
Kapitalzinsen 6052 fl. Das reine Vermögen der Stadtgemeinde betrug
571,275 fl. — Ueber den Stand der hiesigen Sparkasse und deren
Benützung möge mir auch wieder einmal eine kurze Mitteilung
gestattet sein. Im Lauf des Jahres 1864 wurden neu eingelegt
275,932 fl. und zurückbezahlt 213,950 fl., also mehr eingelegt 61,981 fl.
Dazu der Stand der Einlagen am 31. Dez. 1863 mit 563,624 fl.
addirt, gibt auf 31. Dez. 1864 eine Gesamteinnahme von 625,606 fl.
Das ganze Aktivvermögen der Sparkasse beträgt 692,695 fl. und ergibt
sich nach Abzug des Einlagekapitals und hierauf fallender Zinsen ein
Ueberschuß von 57,208 fl.

* **Sforzheim, 12. März.** Bekanntlich hatte die Wasser-
versorgungs-Gesellschaft in Baden, bei welcher der Berg-
ingenieur Henrich als Techniker beihilft war, der hiesigen Stadt die
Gewinnung einer bestimmten Menge Quellwasser vertragsmäßig zu-
gesichert. Als die im vorigen Jahr unternommenen Grabarbeiten
erfolglos blieben, wurden dieselben eingestellt, ohne daß die hiesige
Gemeindebehörde dazu ihre Einwilligung gegeben hatte. Diese Klage
nun die betreffende Gesellschaft wegen Nichterfüllung der übernom-
menen Verpflichtungen an, wurde aber von dem Unterriecher abgewiesen.
Bei dem hierauf eingereichten Rekurs entschied der Appellationshof in
Karlsruhe jüngst anders, indem derselbe die Wasserversorgungs-Gesell-
schaft in Baden zur Fortsetzung ihrer Arbeit verurtheilte, und zwar
in so weit, bis die im Vertrag vorgesehene Kautionssumme von 18,000 fl.
für den genannten Zweck verwendet sein wird.

Vermischte Nachrichten.

— **Dr. Dr. B. Jordan,** der gegenwärtig die letzten Abschnitte
seines Niederelendlebens in Mannheim vorträgt, hat auch in Heidelberg
bereits den einleitenden Vortrag dazu gehalten.

— **Augsburg, 11. März.** (N. Z.) Das hiesige Gymnasium
zu St. Anna hat gestern unter der Adresse des Direktors, Hrn. Schul-
rath's Dr. Megger, die „Histoire de Jules César, tome premier“ aus

dem kaiserl. Kabinett erhalten, mit der Dedikation auf dem ersten Blatt:
„A la Bibliothèque du gymnase d'Augsbourg de la part de l'au-
teur Napoléon“ (die Worte de la p. . . sind vom Kaiser eigen-
händig eingeschrieben). Die Karte und das Bild Cäsar's sind dem
Exemplar beigelegt. (Wie mehrerwähnt, studirte Louis Napoléon
ein paar Jahre an diesem Gymnasium.)

— **Vonn, 11. März.** (N. Z.) Auf der benachbarten Burg
Bornheim starb am 7. d. der Oberhofmeister der Königin, Klement
Wenzeslaus Reichsgraf von Boos-Waldeck, nach längerem Leiden
im Alter von 67 Jahren.

— **Leipzig, 10. März.** (Fr. Z.) Das Tagesereigniß, wenig-
stens für den so important vertretenen Buchhandel als Kommissionär
des übrigen buchhändlerischen Deutschlands, ja des gesammten Aus-
landes, ist die heute früh bei Gerold's hiesigem Kommissionär, Häffel,
erfolgte Auslieferung und Versendung der beiden Ausgaben von Na-
poleon's III. „Geschichte Cäsar's“. Die zur Versendung im-
gesammten deutschen Buchhandel bestimmte Menge Exemplare (dem
Vernehmen nach 9000 von der deutschen Ausgabe allein) traf gestern
aus Wien hier ein, eine Zufuhr von dreißig Holzkippen, mit einem
Inhalt, der anderthalb hundert Zentner wog. Die deutsche Ausgabe
hat den Titel: „Geschichte Julius Cäsar's. Vom Verfasser autorisirte
Uebersetzung. Erster Band.“ VII. und 396 Seiten. Daneben wird
auch die französische Ausgabe verkauft, in einer gewöhnlichen und
einer Prachtedition; erstere in Lexikonostav von VII. und 415 Seiten,
die andere in Hochquart von VI. und 357 Seiten. Der einfachen Aus-
gabe ist ein Atlas von vier Tafeln in Großquart beigegeben, welche
insgesammt die Lurusausgabe in den betreffenden Stellen des Textes
aufweist. Endlich ist der „édition de luxe“ noch ein angelegtes
Cäsar-Porträt angeheftet, das nach einem Gemälde von Ingres von
Abolf Salmon in Stahl gestochen ist. Die vier Karten stellen das
Territorium von Rom zur Zeit der Vertreibung des Tarquinius
Superbus, eine Generalkarte, Uebersicht von Italien zur Zeit Cäsar's,
das Bassin des Mittelmeeres, und Portugal dar.

— **Hamburg, 11. März.** Nach einem Londoner Telegramm
der „Börsehalle“ hat die Firma Attwoods, Sponer u. Komp.
ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva betragen über eine Million
Pfd. St. Die Londoner Agenten des Hauses Barclay u. Komp.
sollen stark theilhaftig sein.

— **Magdeburg, 11. März.** Wie die „Magdeb. Presse“ mel-
det, sind in Burg gestern Vormittag neuerdings Arbeitseinstellungen
der Fabrikarbeiter erfolgt.

— **Gumbinnen, 9. März.** (Berl. Bl.) Der Steuerver-
weigerung des Hrn. Reitenbach, der sich bekanntlich schon wieder-
holt pfänden ließ, und bei der kürzlich erst ausgeführten Gebäude-
steuer seinen Widerspruch durch Zuschrift an das Landratsamt gel-
tend machte, haben sich in dem hiesigen Kreise mehrere Gutbesitzer
mit der Erklärung angeschlossen: daß sie sich zur Zahlung der Ge-
bäudesteuer nicht verpflichtet halten könnten, so lang nicht den Bestim-
mungen der Verfassung entsprechend ein Staatsgesetz zu Stande ge-
kommen ist.

* **London, 10. März.** Die allgemeine Schließung der
Eisenwerke in Süd-Staffordshire hat dort schon nach
einer von der Polizei angestellten Berechnung 42,000 Menschen außer
Arbeit gesetzt; eine Zahl, die noch in bedenklichem Maße anwachsen
wird, da die Fabrikanten, welche gleichzeitig Besitzer von Erz-
und Kohlenminen sind, nun auch ihre Bergwerksarbeiter zu entlassen be-
ginnen. Die Hochöfen, welche einweilen noch Roheisen produziren, wer-
den gleichfalls im Lauf der nächsten Woche still gelegt werden. Nie-
mand scheint zu ahnen, wann die Puddler sich zur Annahme der
herabgesetzten Löhne bequemen werden. Es waren die Puddler von
Nord-Staffordshire, welche die Opposition gegen die im Verhältnis zu
dem Fall der Eisenpreise von den Fabrikbesitzern für nöthig erachtete
Abminderung des Lohns um 1/2 Schilling, von 10 1/2 Sch. auf 9
Sch. per Tonne, begannen; worauf die Hüttenbesitzer beider Bezirke,
deren Beispiel nach einem gestern in Newcastle gefaßten Beschluß jetzt
auch von den Hüttenbesitzern im übrigen Norden Englands befolgt
werden wird, in corpore gegen die Arbeiter auftraten. In Süd-
Staffordshire, welches wegen der größern Zahl seiner Eisenwerke von
der Arbeitseinstellung viel härter zu leiden haben wird, scheint die
Majorität der Arbeiter die in Nord-Staffordshire gemachte Opposition
nicht zu billigen, deren Folgen die arbeitende Klasse auch der übrigen
Eisenbezirke mit gleicher Härte treffen.

* **London, 11. März.** Die Zweifel, welche man an der Leistungs-
fähigkeit des neuen in diesen Telegraphen gehegt, sind durch
das Eintreffen mehrerer Depeschen aus Bombay und Kalkutta, von
denen eine die Beantwortung eines am 4. d. von hier abgegangenen
Telegramms war, gehoben worden. Die Daten reichen bis zum 6. d.
Die Verzögerungen der wenigen letzten Tage sind, wie man annimmt,
nicht aus einem Fehler am Goffabel, sondern auf der Landroute von
Bussorah nach Konstantinopel entstanden; und jetzt ist auf der Linie
von hier nach Konstantinopel eine Störung eingetreten, welche die
Beförderung von Depeschen zwischen den beiden Plätzen um mehr als
einen halben Tag verzögert.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barome- ter.	Ther- mo- meter.	Wind.	Himmel.	Witterung.
11. März.					
Morgens 7 Uhr	27° 5,60	+ 2,3	S.W.	stark bew.	Sonnensl., frisch
Mittags 2 „	5,53	+ 3,0	„	„	„
Nachts 9 „	6,93	+ 3,0	„	„	„
12. März.					
Morgens 7 Uhr	27° 8,13	+ 2,5	S.W.	stark bew.	trüb, dünnlich, frisch
Mittags 2 „	8,30	+ 5,0	R.	„	„
Nachts 9 „	8,72	+ 3,0	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Krenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 14. März. 2. Quartal. 39. Abonnementsvor-
stellung. **Der gute Papa Semals;** Lustspiel in 1 Akt,
nach dem Französischen des Henry Murger. Hierauf: **Die
Verbündeten;** Lustspiel in 3 Akten, nach dem Französischen
des Moreau.

Theater in Baden.

Mittwoch 15. März. **Die beiden Schützen;** komische
Oper in 3 Akten, von Korzing.

Freiburg. Dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern unvergeßlichen theuern Vatter und Großvater, Partikular Joseph Grasselly, 80 Jahre alt, gestern Abend 7/8 Uhr nach längerem Leiden zu sich in das ewige Leben abuberufen. Ferner Verwandten und Freunden widmen diese Anzeige mit der Bitte um stille Theilnahme, Freiburg, den 10. März 1865.
Die tiefbetrübteten Hinterbliebenen.

Avis au Public.
J'ai l'honneur de prévenir le public que je serai ici quelques jours sur la voie et les œuvres de Chateaubriand et que dans le premier qui aura lieu mercredi le 22. mars, à 7 heures du soir, dans la Salle du Musée, je parlerai des Mémoires d'Outre-Tombe.
Louis le Vin, homme de lettres, Balboornstr. Nr. 29.

Bekanntmachung.
Die bescheidene Verordnung, wornach sämtliche Rechnungen über geleistete Bauarbeiten und Materialien vierteljährlich, und zwar jeweils am letzten Tage der Monate März, Juni, September und November, bei beiderseitiger Stelle einzureichen sind, wird wiederholt in Erinnerung gebracht.
Rechnungen, welche später eingereicht werden, erleiden einen Abzug von zehn Prozent, bei 6 Monaten Verpätung aber werden dieselben ganz zurückgewiesen.
Karlsruhe, den 13. März 1865.
Großh. Hof-Bauamt.
Dyckerhoff.

Bekanntmachung.
Mit höherer Genehmigung wird vom 15. d. Mts. an bis auf Weiteres für Kohlenlieferungen von Mainz nach Durlach, Ettlingen, Malsch, Muggensturm, Raffalt, Oos, Baden und Bühl an den betreffenden Lizenzen der Wagenladungs-Glässe C. eine Frachtmäßigkeits-Unterschiedung von je 1 Kt. per Str. bewilligt und jeweils gleich bei der Frachterhebung an diesen Lizenzen in Abzug gebracht werden.
Karlsruhe, den 11. März 1865.
Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
S. B. D.
Paris. Schneider.

Für Musiker.
Bei der Musik des großh. bad. 4. Infanterieregiments Prinz Wilhelm in Raffalt sind mehrere Stellen zu besetzen, besonders für Leute, welche Flügel, Fagott, Tenorhorn, oder Bombardon zu spielen im Stande sind. Es können jedoch nur geliebte Musiker Annahme finden, deren Engagements-Bedingungen vorläufiger Vereinbarung vorzulegen sind.
Raffalt, den 8. März 1865.
Der Regiments-Kommandeur
Deforme, Oberst.

Schweizergesuch.
Ein tüchtiger Schweizer, der auch das Melken besorgen kann, wird für die hiesige Milch- und Käsefabrik gesucht. Eintritt kann bis 1. April l. J. geschehen.
Bewerber wollen sich unter Anlage ihrer Zeugnisse bei unterfertiger Stelle innerhalb 8 Tagen melden.
Amorbach, den 11. März 1865.
Fürstlich Leiningen'sches Rentamt.
S. B. M.

Ausschreibung des Lagerbuchs der Gemarkung Schuttern.
Sämtliche Eigenthümer von Eigenschaften in der Gemarkung Schuttern, zu deren Gunsten Grunddienstbarkeiten bestehen, werden hiermit aufgeführt, die Dienstbarkeiten unter Aufsicht der Rechtsurkunden
am 20. und 21. d. Mts.
in dem Rathhause zu Schuttern dem Unterzeichneten zu bezeichnen.
Lahr, den 11. März 1865.
Der Bezirksgeometer:
W. Proß.

Für Bürgermeisterämter.
Fragebogen, bei einem Gesuche um Aufnahme eines Kindes in die von St. Luz. Waisenanstalt zu Pichenthal, sind zu beziehen von H. M. Weigel in Baden.

Commisgesuch.
In eine Leberhandlung im Badischen wird ein Commis mit Baarenkenntnissen gesucht. Franco Offerten unter B 10 besorgt die Expedition dieser Zeitung.

Stellegesuch.
Ein im Post- und Telegraphendienste tüchtig bewandertes Geschift, dem gute Empfehlungen zur Seite stehen, sucht sofort eine Stelle.
Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Zu verkaufen.
3 noch brauchbare Küstres.
Näheres im Rähringer Hof zu Baden-Baden.

Carl Arlety, Großherzoglicher Hoflieferant.
empfiehlt den frisch eingetroffenen westphäl. Bismarckfisch und westphäl. Schinken, seine Gänseleber, Ostfänger, Braunschweiger, edle Knochen, Beconer Salami, seine Frankfurter Brat- und Leberwürste &c. &c.

Gasthofs-Empfehlung.

Gasthof zum Goldenen Engel in Mannheim.
Den obgenannten, in der Nähe des hiesigen Bahnhofs gelegenen Gasthof habe ich käuflich übernommen und lade das reisende Publikum höflich dazu ein.
Da ich es mir stets angelegen sein lassen werde, für gutes Logement und rein gehaltene Weine Sorge zu tragen, empfehle ich mich höflich.

Fässer-Verkauf.
Im Gasthof zu den Drei Königen in Raffalt sind wegen Wegzugs zu verkaufen:
4 Stück weingrüne Fässer à 20 Ohm,
1 „ weingrüne Fäß à 30 dts.,
6 „ weingrüne Fässer à 10 und 11 Ohm.
Raffalt, den 9. März 1865.
K. A. Müller.

Verpachtung-Gesuch.
Eine frequente Realwirtschaft an der Hauptstraße und der Nähe großer Fabriken gelegen, wird an einen soliden Mann zu verpachten gesucht.
Mit diesem Geschäfte würde sich vermöge seiner großen Räumlichkeiten eine Brauerei, Würsterei oder Handlung verbinden lassen.
Die Einrichtung zu einer Brauerei würde auf Verlangen der Eigenthümer befristet lassen.
Schriftliche frankirte Anträge besördert die Expedition dieses Blattes unter Nr. 1000.

Gut zu verpachten.
In unmittelbarer Nähe einer bedeutenden Stadt des Mittelrheins liegt ein kleines Gut, auf dem bis jetzt von Seiten des Vaters eine Milchwirtschaft betrieben wurde, zu verpachten gesucht.
Dasselbe umfaßt ungefähr 10 Morgen Wiesen und Gärten, Wohnung, Stallung, Scheuer; auch würde auf Wunsch des Pächters demselben das vorhandene Melkvieh, aus 12 Kühen und 1 Ziegen bestehend, käuflich überlassen werden.
Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Hofguts-Verpachtung.
Das fürstlich Bismarck'sche Hofgut Neuhof bei Wertheim a. M. mit
508 Mürenberger Morgen Ackerfeld,
42 Morgen Wiesen, 18 Morgen Gartenland u.
90 Morgen Weidflächen, zusammen beiläufig
412 badische Morgen, wird
Montag den 10. April 1865,
Vormittags 10 Uhr,
auf 12 Jahre, vom 22. Febr. 1866 bis dahin 1878, bei unterzeichnetem Stelle im Wege der Versteigerung verpachtet, und können inzwischen die Pachtbedingungen bei dem Rentamt eingesehen werden.
Pachtliebhaber wollen sich mit den nöthigen Zeugnissen über Befähigung, Vermögen und Leumund versehen.
Wertheim, den 10. März 1865.
Fürstlich Bismarck'sches Rentamt.
Kirchner.

Fahrnißversteigerung.
In Folge richterlicher Verfügung werden am
Donnerstag den 16. März l. J.,
Nachmittags 2 Uhr,
in dem Buchdruckerlokal des August Bräuer zu Bühl folgende Fahrniße gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert, als: eine Buchdruckpresse (Stanzhöhe) mittleres Format, mit Rahmen, Walzen und Matrizen, sowie ca. 1/2 Zentner (mittleres) Handpressfarbe, einige Pfund Buchdruckerletern und ein Regal &c.
Bühl, den 9. März 1865.
Der Gerichtsvollzieher:
Gäusel.

Versteigerung von forstlichen Stangen im Forstbezirk Schwellingen.
Aus den Abtheilungen Neubronnen und Birkenhubl diesseitiger Domänenverwaltungen veräußern wir loosweise und mit Zahlungsfrist bis Martini l. J. Samstag den 18. März
3400 Stück forstliche Hopfen- und Trudenstangen, 47750 dts. Bohnenstangen l. u. II. Klasse.
Die Versteigerung wird im Adler zu Osterheim abgehalten werden und früh 9 Uhr beginnen. Schwellingen, den 12. März 1865. Großh. bad. Bezirksforstf. A. Cron.

Neuabtd. (Bekanntmachung.)
Unter Nr. 29 wurde heute in das Firmenregister eingetragen die Firma „G. S. Gante in Neuabtd.“ deren Inhaber Kaufmann Carl Heinrich Gante, geb. Fischer, von Donaueschingen unterm 25. October 1836 einen Ehevertrag abgeschlossen hat, wornach allgemeine Gütergemeinschaft, mit Vorbehalt des künftigen Anfallens, bzw. bereits angefallenen elterlichen Erbvermögens der beiden Eheleute, bestanden ist.
Neuabtd., den 7. März 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
M. Müller.

Verkauf.
B. 296. Nr. 2052. Eppingen. (Bekanntmachung.) Heute wurde dahier angemeldet und zum Firmenregister unter D. 3. 66 eingetragen die Handelsfirma: „Lübke & Co.“ in Gemmingen. Inhaber Handelsmann Lübke & Co. in Gemmingen. Ehevertrag d. d. Eppingen, den 10. Jan. 1865, mit Ehefrau Bär von Weingarten, wornach jeder Theil 100 fl. in die Gütergemeinschaft einbringen, und alles übrige gegenwärtige und künftige Verdringen davon ausschließt.
Eppingen, den 7. März 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Jacobi.
Weigand.

angeordnet wird; was wir zur Kenntnissnahme der Gläubiger bekannt machen.
Konstanz, den 6. März 1865.
Großh. Kreis- und Hofgericht Konstanz.
Zivilkammer.
Wedekind.

Schwaif.
Z. u. 436. Nr. 461. Offenburg. (Vorladung.) In Anklagesachen gegen Karl Rieble und Karl Humpert von Fessenbach, wegen Diebstahls, wird Tagfahrt zur Hauptverhandlung in öffentlicher Gerichtsöffnung auf
Dienstag den 28. März l. J.,
Vormittags 9 Uhr,
anberaumt, und hiezu der Angeklagte Karl Humpert von Fessenbach unter Bezug auf die Bekanntmachung der Raths- und Anklagekammer vom 28. Januar l. J. vorgeladen.
Offenburg, den 10. März 1865.
Großh. Kreis- und Hofgericht, Strafkammer.
Faller.

Schörder.
Z. u. 297. Nr. 2715. Breisach. (Aufforderung und Fahndung.) Der beurlaubte gewesene Soldat Julius Streicher von Gottenheim, dessen Signalment unten folgt, hat sich unerlaubt aus seinem Urlaubsort Freiburg entfernt und wird deshalb aufgeführt.
Innerselbst 6 Wochen
dahier oder bei seinem Regimentkommando sich zu stellen, widrigenfalls er in die gesetzliche Strafe von 1200 fl. verurteilt würde. Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlage belegt.
Signalment:
Alter, 24 Jahre; Größe, 5' 5"; Statur, schlank; Gesichtsfarbe, gelblich; Haare, blond; Stirne, nieder; Augenbraunen, blond; Augen, grau; Nase, spitz; Mund, gewöhnlich; Bart, blond; Rinn, spitz; Zähne, gut.
Breisach, am 8. März 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Gänseblum.

Freiburg. (Aufforderung und Fahndung.) Benjamin Heer von Etzlin in der Schweiz ist der Widerständigkeit gegen mehrere Polizeibehörden dahier angeklagt, und wird aufgefordert, sich
binnen 3 Wochen
über diese Anklagebildung dahier zu verantworten, widrigenfalls das Erkenntnis nach dem Ergebnis der Untersuchung erlassen werden soll.
Zugleich wird gebeten, auf Heer zu fahnden und ihn anher abzuliefern.
S. R. W.
Freiburg, den 7. März 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Räff.

Freiburg. (Aufforderung und Fahndung.) Der Soldat Kasimir Wiegale von Urloffen ist der Körperverletzung durch Ungehörigkeit und Verletzung gegen die Gendarmen, sowie der Desertion angeklagt. Da er sich auf künftigen Fuß befindet, so wird er aufgefordert, sich
binnen 14 Tagen
dahier zu stellen und zu verantworten, widrigenfalls nach Lage der Akten das Erkenntnis erlassen sollte. Zugleich werden die großh. Behörden ersucht, auf den Soldaten Wiegale zu fahnden, auf Betreten ihn verhaften und hieher abzuliefern zu lassen.
Freiburg, den 12. März 1865.
Großh. Kommando des 3. Infanterieregiments.
v. Billig, Oberst.

Freiburg. (Aufforderung und Fahndung.) Der Soldat Carl Franz von Sackbach vom 3. Infanterieregiment wird auf Antrag der großh. Staatsanwaltschaft der zweiten Detachment beurlaubt. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen vier Wochen dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis gefällt wird. Achern, den 8. März 1865. Großh. bad. Amtsgericht. Himmeli.

Freiburg. (Aufforderung und Fahndung.) Georg Keller von Kempen, welcher dahier wegen Diebstahls angeklagt ist, wird aufgefordert, sich
binnen 14 Tagen
zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis gefällt werden wird. Wir bitten um Fahndung auf den Angeklagten und Mittheilung dessen auf das diesseitige Gericht.
Beschreibung:
Etwa 6' groß, dunkelblond, längliches Gesicht, etwa 20 Jahre alt.
Baden, den 9. März 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Schmitt.

Lahr. (Fahndung.) Am Sonntag den 12. Februar d. J., Vormittags, wurde auf der Güterexpedition in Bruchsal ein verschlossener Koffer nach Lahr aufgegeben, der als Gült noch am nämlichen Tage Nachmittags mit Zug XV in Dinglingen eintraf. Der Koffer war aber bei seiner Ankunft dorthin nicht mehr geschlossen und nur mit einer Schnur umwunden. Vom Inhalt desselben sollte am 13. Februar bei Öffnung des Koffers ein rothseidener Zwergebeutel mit 29 fl. Silbergeld.
Wir eruchen um Fahndung auf das Entwendete und den noch nicht ermittelten Thäter.
Lahr, den 10. März 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Witkens.

Engen. (Urtheil.) In Sachen der Ehefrau des Augustin Bräufisch in Weiterdingen gegen ihren Ehemann, Vermögensabsonderung betr., ist durch gemäß Art. II der Schlussbestimmungen vom 9. Januar d. J., Nr. 519, zu Recht erkannt: „Der Beklagte sei schuldig, das Vermögen der Klägerin von dem selbigen absondern zu lassen und die Kosten des Verfahrens zu tragen.“ Dieses wird nach eingetretener Rechtskraft zum Zweck des beantragten Vollzugs hienüt öffentlich bekannt gemacht. Engen, den 7. März 1865. Großh. bad. Amtsgericht. Heil.

Offene Gehilfenstelle.
Bei Unterzeichnetem ist eine ständige Gehilfenstelle sogleich zu besetzen. Bewerber aus dem Kreis der geachteten Stenographen wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse alsbald melden.
Freiburg, den 9. März 1865.
E. Huber,
Kreis-Stenographentutor.